



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 39

Fachscheiber 0886890

P/XIII/151 - 9. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Zweimal Ostpolitik Oberländer gegen - "Urteilbares Deutschland" drängt	42
2	"Union der demokratischen Kräfte" in Frankreich Die Linke sucht eine neue Basis	50
3 - 4	Neue Wege der griechischen Außenpolitik Vor unserem griechischen Mitarbeiter Dr. Basil Mathiopoulos	76
5	Unbegreifliche Parlässigkeit Zur Flucht Dr. Eiseles nach Kairo	51
6 - 7	Das Hobby des Bankiers Geld und "politische Willensbildung"	67

* * * * *
* * * * *

Zweimal Ostpolitik

sp - Ausgerechnet Oberländer, der Bundesminister für Vertriebene, hat sich dieser Tage gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau ausgesprochen. Seine Begründung: die politische und wirtschaftliche Lage Polens lasse diese Aufnahme vorläufig nicht ratsam erscheinen. Am gleichen Tage setzte sich der Aktionsausschuss des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" für die Herstellung von Handels- und Kulturbeziehungen zu den Völkern des Ostens, vor allem zu Polen, ein.

Es fällt nicht schwer zu raten, wem hier die bessere Einsicht zukommt. Was Oberländer, der sich gern als "Ostexperte" titulieren lässt, will, lässt sich mit den Erfordernissen und Notwendigkeiten einer auf Frieden und Verständigung abzielenden deutschen Ostpolitik nicht vereinbaren.

In Fragen der Ostpolitik findet der Bundesminister für Vertriebene das Ohr des Bundeskanzlers. Er gibt wieder, was sein Meister gern gesagt haben will, es aber nicht für opportun hält, selbst zu sagen. Der Bundeskanzler und auch sein Aussenminister von Brentano treten auf dem Gebiete der Ostpolitik auf der Stelle, sie scheuen hier jede Aktivität, sie verschliessen sich Einsenwahrheiten. Eine dieser Binsenwahrheiten ist: Wer die deutsche Wiedervereinigung will, muss auch ein gutes Verhältnis zu Polen wollen, und dies ohne Hintergedanken, etwa im Sinne einer Politik der "Bekehrung osteuropäischer Völker vom Bolschewismus".

Das Polen Gomulkas hat in der Vergangenheit wiederholt dargelegt, wie sehr es die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik wünscht und wofür welchen Wert es auf einen gesteigerten Handelsverkehr mit Westdeutschland legt. Bis weit in die Regierungsparteien hinein findet dieses polnische Streben Verständnis und Sympathie, es fehlte auch in den vergangenen Jahren nicht an Ansätzen, aus der Negation herauszukommen. Aber es blieb nur bei Ansätzen; weitergehende Impulse blieben aus, der entscheidende Schritt, eben das direkte Gespräch mit Warschau, wurde nicht getan.

Wen kann es wundern, wenn nun in Polen Verbitterung über die Haltung der Bundesregierung entsteht? Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Warschau wird gerade von jenen mächtigen, die Politik Bonns bestimmenden Kreisen sabotiert, die sich gern auf ihr Europäertum und auf das Abendland berufen, aber dabei übersehen, dass auch Polen zu Europa und zum Abendland gehört, und darin mit unvergänglichen kulturellen Leistungen verwoben ist.

Die Verwerfung des Rapacki-Planes bedeutete für das Polen Gomulkas einen schweren Rückschlag, das Sich-weigern Bonns, in diplomatischen Kontakt zu treten, muss Polen in noch grössere Abhängigkeit von der Sowjetunion bringen. Wollen das die Abendländer?

"Union der demokratischen Kräfte" in Frankreich

sp 4 Die Ernennung Soustelle zum Informationsminister, des Mannes, der sich als einziger namhafter Politiker nach dem 13. Mai mit an die Spitze der gegen Paris in Algier rebellierenden Rechtsbewegung gestellt hatte, dürfte auf der französischen nichtkommunistischen Linken die Entwicklung zu einer Sammlungsbewegung beschleunigt haben. Noch am Sonntag hatte der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Guy Mollet (zurzeit Staatsminister in der Regierung de Gaulle), erklärt, der General verhalte sich gegenüber dem demokratischen Staatsbegriff loyal. Am Montag erfolgte die Ernennung Soustelle, dessen zweifelhaftes Verhältnis zur demokratischen Staatsform hinreichend bekannt ist.

Die jetzt unter dem Namen "Union der demokratischen Kräfte" in Paris hervorgetretene Linksbewegung setzt sich in ihrer Spitze fast ausschliesslich aus Freunden und engen Mitarbeitern des verstorbenen grossen französischen Sozialisten Léon Blum zusammen. Es ist dies aus dem sozialistischen Lager der frühere Generalsekretär der Partei und spätere Arbeitsminister Daniel Mayer, der vor kurzem sein Abgeordnetenmandat niederlegte und zum Präsidenten der Liga für Menschenrechte gewählt wurde. Ferner gehören dazu der frühere Fraktionsvorsitzende Robert Verdier, der ehemalige Innenminister Deproux und der frühere Chefredakteur des Zentralorgans der Partei, "Le Peuple", Oreste Rosenfeld. Der Union angeschlossen haben sich die Nichtsozialisten Mendès-France und der Vorsitzende der demokratischen Widerstandsunion, Mitterand. Wie es heisst, stützt sich diese Gruppe auf die Lehrgewerkschaft, Teile der Freien Gewerkschaft Force Ouvrière und auf mehrere Gruppen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Mitglieder der "Union" wollen gleichzeitig Mitglieder der Parteien bleiben, in denen sie zurzeit organisiert sind, um dort für eine Sammlung der Linken weiter werben zu können.

Im Gegensatz zu anderslautenden Meldungen strebt die "Union" nicht eine Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten an. Sie will versuchen, die republikanisch-demokratischen Kräfte in allen Parteien zu mobilisieren, um bei der kommenden Abstimmung über die neue Verfassung eine Art "Kartell der demokratischen Freiheit" bilden zu können. Die genannten Politiker sind im Gegensatz zum Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs nicht der Meinung, dass General de Gaulle in der Lage sein könnte, die demokratische Substanz des französischen Staates zu erhalten. Sie befürchten vielmehr, der neue Ministerpräsident werde früher oder später politisch von jenen Kreisen überspielt werden, die ihn praktisch an die Macht gebracht haben; das heisst, von der extremen Rechten und der Armeeführung.

Die Frage, ob die "Union der demokratischen Kräfte" sich zu einer realen politischen Macht in Frankreich entwickeln kann, ist noch völlig offen. Ihr Einfluss dürfte in dem Masse steigen, in dem es den einzelnen Persönlichkeiten gelingt, auch weiterhin in den politischen Parteien, aus denen sie kommen, oder in den Gewerkschaften wirksam zu werden.

Neue Wege der griechischen Außenpolitik

Von unserem griechischen Mitarbeiter Dr. Basil Mathiopoulos

Die Gespräche in Brioni zwischen den Staatschefs Tito und Kasser erhielten einen neuen Aspekt, da am gleichen Tage die Außenminister beider Länder die Besprechungen mit dem am Vortage eingetroffenen griechischen Amtskollegen aufnahmen. Was will der griechische Außenminister in Brioni - und gerade zu diesem Zeitpunkt?

Infolge der gärenden Lage auf Zypern befindet sich die griechische Außenpolitik seit Monaten in einer Umwandlung, die allerdings noch nicht klar herauskristallisiert ist. Auslösender Faktor ist die Türkei. Bekanntlich erwies sich wegen der griechisch-türkischen Spannungen bereits 1954 der mühsam zusammengestellte Balkanpakt nachträglich als Fehlgeburt. Übrig blieb seither eine enge Freundschaft zwischen Belgrad und Athen. Die Reise Aweroffs geht jedoch nicht nur auf den Kern der gut nachbarlicher Beziehungen, sondern erhält nach den jüngsten Ereignissen auf Zypern einen besonderen Akzent. Am 15. Juni hatte Athen erklärt, Griechenland betrachte sich zwar nach wie vor als festes Glied des westlichen Verteidigungssystems, sehe jedoch nach den Ereignissen auf Zypern keine Möglichkeit, mit der Türkei im Südostflügel der NATO zusammen zu arbeiten. Während sich also die griechischen Beziehungen zu London und Ankara lockern, scheinen sich die Bindungen an Belgrad und Kairo zu intensivieren. Im Sinne der griechischen Außenpolitik kann das ein gewollter Gegenschlag gegen die Drahtsicherheit Londons sein.

In Athen diplomatischen Kreisen behauptet man, der britische Zypernplan wolle Griechenland ganz bewusst in eine Sackgasse treiben. Entweder würde Athen den Plan Macmillans akzeptieren, was eine Beibehaltung des Status Zyperns als englische Kronkolonie bedeutet, und zwar auf unbestimmte Zeiten - oder aber Athen würde durch eine negative Reaktion als der Störenfried der westlichen Welt gebrandmarkt und zur Isolation verurteilt. Athen will nur ostentativ zeigen, wie es diesem uneingeständenen Ziel des Foreign Office zu begegnen gedenkt. Und hier eröffnen die Gespräche Aweroffs mit den Außenministern Jugoslawiens und der Vereinigten Arabischen Republik viele Auswege, ohne den Kreis der westlichen Zugehörigkeit zu sprengen und damit Anlass zu

neuen Steinwürfen zu geben. Wenn auch noch keine Details aus Brioni bekannt sind, Griechenland spannt den Rahmen seiner Aussenpolitik sichtbar weiter und die voraussichtlichen Verhandlungen Aweroffs mit den beiden Staatschefs geben Anlass zu allerlei Vermutungen. Sicher werden diese Dreiergespräche die Beziehungen zwischen Athen und Kairo weiter festigen, nicht nur, weil die arabischen Herzen die gleichen Antipathien gegen den türkischen Fez hegen, sondern weil es nur ein ohnehin herzliches Kline zu durchsonnen gilt. Man muss hier erwähnen, dass Griechenland seit Jahrhunderten über hohen Einfluss in der arabischen Welt verfügt, da sich die griechischen Siedler meist in Schlüsselpositionen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens vorarbeiten konnten.

Für die Verhandlungen mit den Jugoslawen brachte Aweroff die besten Startmöglichkeiten mit. Eine seiner Empfehlungen ist die Erklärung des griechischen Ministerpräsidenten, der zu Beginn des Kesseltreibens der Westblockstaaten gegen Tito der jugoslawischen Zeitung "Borba" sagte: "Wie bisher stehen wir an der Seite unseres freundlichen Nachbarn - erst recht in dieser für ihn kritischen Stunde". Aweroff wird Antwort erhalten, wenn er sich mit seinem Partner über die Bedeutung der neutralen Staaten unterhält. Wie aus Brioni verlautet, will Aweroff die Möglichkeit und die Bedingungen einer Annäherung an die blockfreien Staaten ertasten. Möglicherweise ergeben sich aus der Fühlungnahme konkrete Anhaltspunkte für politische Konsequenzen. Sollte die Vereinigte Arabische Republik anstelle der ausgeboteten Türkei der Dritte im Bunde des Balkanpaktes werden?

Mit der Reise Aweroffs verbindet sich noch ein anderer Aspekt: Griechenland möchte seine guten Dienste anbieten, um eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad zu vermitteln, falls beide Länder daran interessiert sind. Die vortrefflichen Verbindungen zu Bonn legen diese Vermittlerrolle nahe. Der für Spätherbst geplante Besuch des griechischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik könnte ein weiterer Beitrag in dieser Hinsicht sein.

Brioni ist zweifellos ein Markstein in der griechischen Aussenpolitik. Für Washington ist das ein mahnender Fingerzeig, seinen Einfluss in London und Ankara endlich geltend zu machen, damit deren Aktionen die Ressentiments der griechischen Öffentlichkeit gegenüber dem Westen nicht weiter verhärten. Wenn das Foreign Office nach der jüngsten Erklärung Macmillans sich auf der für Griechenland unannehmbaren Zypernplan versteift, so reist deshalb der griechische Aussenminister doch nicht als blosser Eitelteller in der nächsten Woche nach Washington. Im Gespräch mit seinem Kollegen Dulles wird er sicher immer wieder auf verschiedene Vereinbarungen zurückgreifen können, die er sich in Brioni als Reisegepäck geholt hat. Ob Libanon oder Zypern - über eines ist man sich in Brioni klar: Der Westen muss vorsichtig sein, denn er bietet nicht allein günstige Existenzbedingungen.

9. Juli 1958

Unbegreifliche Fahrlässigkeit

G.B. Der seit einigen Tagen verschwundene SS-Arzt Dr. Hans Eisele ist jetzt als "politischer Flüchtling" in Kairo aufgetaucht. Das "Rätsel" seines Verschwindens ist kein Rätsel mehr. Die Untergrundorganisation der "Ehemaligen" hat gut funktioniert. Eiseles Flucht ist nicht nur ein Eingeständnis seiner Schuld, an der nach dem Todesurteil eines alliierten Gerichts, nach den Schilderungen Eugen Kogons in seinem Buch "Der SS-Staat" und den Zeugenaussagen im Sommer-Prozess ohnehin kein Zweifel mehr bestehen konnte. Sie ist auch ein Zeichen für die unglaubliche, unverzeihliche Fahrlässigkeit der deutschen Behörden. Das fing bei jener Freiburger Spruchkammer an, die - da sie nicht sofort den Urteilstext des Dachauer Gerichts erhielt - das Verfahren gegen Eisele einstellte; das ging weiter bei den Entschädigungsämtern, die dem KZ-Arzt trotz seiner Vergangenheit Heimkehrerbeihilfe und zinsloses Darlehen gewährten, bis zur Münchener Staatsanwaltschaft, die erst durch den Sommer-Prozess von den Untaten des Geflohenen erfahren haben will, obgleich die Unterlagen seit Jahren einzusehen waren. Wochenlang lief schon ein Ermittlungsverfahren der Münchener Kriminalpolizei gegen Eisele. Trotzdem wurde erst am 28. Juni der Haftbefehl erlassen. Da aber war es zu spät. Eisele war bereits "auf Reisen", mit unbekanntem Ziel.

Im Jahre 1946 erschien Kogons "SS-Staat". Darin sagt der Verfasser, der jahrelang als Häftling im Lazarett des KZs Buchenwald arbeiten musste, über Eisele:

"Der schlimmste dieser Sorte von SS-Ärzten war ohne Zweifel Dr. Eisele. Seine Taten von 1940 bis 1943 übertrafen wohl jede andere von SS-Ärzten begangene Gemeinheit. Auch er nahm zu seiner persönlichen 'fachlichen' Weiterbildung Vivisektionen an Menschen vor, worauf er die Opfer ermordete, und holte sie sich wahllos von der Lagerstrasse weg, führte sie in die Ambulanz, um ihnen Apomorphin-spritzen zu geben und sich an den Wirkungen zu ergötzen. Ohne jede Notwendigkeit nahm er Operationen und Gliedamputationen vor. Mar-kose des Opfers kam dabei nicht in Frage ..."

Trotzdem konnte der Arzt nach seiner Entlassung aus Landsberg sechs Jahre lang unbehelligt leben, eine gutgehende Kassenpraxis einrichten und sich schliesslich durch sein Verschwinden der Verantwortung entziehen. Kann man hier noch von einem Versähen, von blosser Interesselosigkeit des Behördenapparats sprechen? Liegt hier etwa Absicht zugrunde? Sind es vielleicht Menschen gleichen Kalibers, wie Eisele selbst, die ihn das Untertauchen durch bewusste Langsamkeit ermöglichten? Der anonyme Brief, den Frau Eisele in Fotokopie der Polizei vorlegte und der sie von der Flucht ihres Mannes verständigte, spricht von "Freunden und bekannten Persönlichkeiten, die ihn lange und fast pausenlos zu seinem Schritt geargert hätten".

Selbstverständlich wird Eisele versuchen, das Asylrecht für politische Flüchtlinge in Anspruch zu nehmen. Inzwischen haben die deutschen Behörden jedoch die Internationale Polizei (Interpol) benützt, was darauf schliessen lässt, dass dieselben Behörden Eisele als gemeinen Verbrecher suchen. "Interpol" wird nämlich nicht bei politischen Flüchtlingen eingesetzt, deren politische Vergehen nicht nach den auch international gültigen Strafgesetzen für Mord, Diebstahl oder Ähnliches geahndet werden. Die deutschen Behörden müssten jetzt also bei der ägyptischen Regierung ein normales Auslieferungsverfahren für gemeine Verbrecher einleiten.

Das Hoop des Bankiers

W.P. Man erinnert sich, dass zwei Tage vor der letzten Bundestagswahl die Wogen der Auseinandersetzung noch einmal hochgingen, als in einer Reihe namhafter Tageszeitungen ganzseitige Inserate mit der Überschrift "Ein rätselhaftes Tier" erschienen. Darin war den Sozialdemokraten und Freien Demokraten unterstellt worden, sie leisteten mit ihrer Politik den Sowjets Vorschub. Man sah Ollenhauer und Reinhold Maier abgebildet, wie sie das "Trojanische Pferd des Kommunismus" in die Bundesrepublik hineinziehen. Wollen wir riskieren, so hiess es, "dass diese beiden Parteien mit Unterstützung der 600 000 westdeutschen Kommunisten die Mehrheit der Stimmen gewinnen und eine Regierung bilden, die sich den Sowjets nähert?"

Nun, die angegriffenen Parteien wehrten sich mit Recht gegen diese durch nichts zu begründende Diffamierung ihrer politischen Ziele, zumal der Angriff von aussen, von einem kapitalkräftigen Aussenseiter gegen sie geführt wurde und nicht etwa von einer gegnerischen Partei. Eine in Wirklichkeit nicht existierende "Vereinigung zur Förderung der Wahlbeteiligung und der politischen Willensbildung" gab den Namen her. Dahinter aber stand der Bankier Dr. Kurt Krüger aus Frankfurt, gegen den sich die Anträge der betroffenen Parteien auf Erlass von einstweiligen Verfügungen richteten. Nicht alle Zeitungen hatten damals, so sei bemerkt, die Anzeige veröffentlicht. Trotz der finanziellen Verlockung lehnten sie diese wegen ihres verleumderischen Inhalts ab.

Leider kann der Bankdirektor das Politisieren nicht lassen. Dank der Möglichkeit, die die Macht des Geldes verleiht, liess er in der Zeit des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen zwar nicht wieder kostspielige Anzeigen veröffentlichen, versandte dafür aber zahlreiche Drucksachen an alle möglichen Kreise, mit denen er seinen antikommunistischen Komplex wiederum abregierte und gleichzeitig den politischen Gegnern der CDU eins auswischte. Man wird sich nicht wundern, wenn bei dieser Gelegenheit auch das Propagandamaterial des antikommunistischen "Volksbundes für Frieden und Freiheit", der hauptsächlich von Zuschüssen des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen existiert, unter die Leute gebracht wurde.

9. Juli 1958

Wieder wird das Gespenst der "kommunistischen Unterwanderung" an die Wand gemalt, werden Anregungen für eine deutsche Wiedervereinigung abgelehnt, wenn sie von den Gegnern Adenauers kommen, und natürlich ist man für die Atomwaffen.

Der Bankier polemisiert dann gegen Paul Sethe und beklagt sich über dessen Einstellung zum Osthandel. "Krupp liefert nach Russland", so hiess es in der Zeitung "Die Welt", und das forderte den politisierenden Bankier heraus. Denn die Sowjets kaufen nicht Mund- und Haarwasser, Seifen, Schaumgummiliegen und Sahnespender, sondern industrielle Anlagen, Maschinen und Stahl. Und sie liefern uns dafür angeblich Rohstoffe, an denen wir nicht viel Interesse haben. "Sie kaufen, was sie brauchen, liefern, was wir nicht brauchen". Was haben wir doch für einfallsreiche Kaufleute, die das abnehmen, was wir gar nicht brauchen! Ja, es mag wohl sein, heisst es aber dann, dass ein Handel mit der Sowjetunion nicht gänzlich vermeidbar ist, man sollte aber dann im Russlandgeschäft einen Notbehelf sehen und sich in dieses Geschäft nur vorsichtig, skeptisch und sehr begrenzt einschalten, denn - sonst holt uns der Teufel.

Es mag einen Bankier befriedigen, an der "politischen Willensbildung" mitgewirkt zu haben, wenn auch nur dadurch, dass er seine Mitbürger mit Propagandapamphleten überschüttet, die sie nicht bestellt haben und die ihnen zum grossen Teil unerwünscht sein dürften. Unser Grundgesetz stellt fest, dass die Parteien bei der politischen Willensbildung mitwirken. Es gestattet auch einem Bankier, sich in beliebiger Weise an die Öffentlichkeit zu wenden. Angesichts der Widersprüche, Veräberungen und Unwahrhaftigkeiten, mit denen hier auf die öffentliche Meinung in parteipolitischer Absicht eingewirkt wird, sollte jedoch an das gute Sprichwort erinnert werden, welches heisst: "Schuster, bleib' bei deinen Leisten." Denn wenn die politische Auseinandersetzung in unserem Staat auf dieser Ebene stattfindet, holt uns eines Tages vielleicht wirklich der Teufel.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel